

### Wirtschaftliche Kriegs- und Friedensprobleme.

In der Rede, in welcher Ministerpräsident Graf Clam-Martinik die Debatte über das Budgetprovisorium im Abgeordnetenhaus einleitete, nimmt die Besprechung wirtschaftlicher und sozialer Fragen einen breiten Raum ein. Es erscheint dies auch durchaus selbstverständlich angesichts der gerade während des Krieges gesteigerten Bedeutung, welche diesen Fragen innewohnt, und insbesondere im Hinblick auf die sich aufstürmenden Schwierigkeiten einer befriedigenden Lösung. Es ist bereits zum Gemeinplatz geworden, daß man, wenn der Kanonendonner verhallt und das Friedensinstrument unterzeichnet sein wird, nicht ohne weiteres dort anzuknüpfen in der Lage sein wird, wo man im Juli 1914 in der ökonomischen Entwicklung aufgehört. Man wird vielmehr auf der ganzen Linie unterlernen müssen. In plastischer Weise zeigte dies der Ministerpräsident an der Hand konkreter Tatsachen.

Vor dem Krieg regulierten hauptsächlich Angebot und Nachfrage die Bedarfsdeckung. Die wichtigste Voraussetzung, daß dieses Regulierungswert ordnungsgemäß funktioniert, war jedoch der Weltgüteraustausch. In dem Güteraustausch der Völker hatten Politik und Wirtschaft miteinander nur wenig Berührungspunkte. Gefühlspolitik hinderte das Geschäft nicht. Im Kriege nahmen die Dinge gleich vom ersten Anbeginn eine andre Gestalt an. Die Bedarfsdeckung mußte im engsten eigenen Bereich erfolgen, unter Verzicht auf Ausfuhrerlöse, bei außerordentlich gesteigerter Nachfrage. Der Käufer kam in schweren Nachteil, der sich geradezu zu drückender Abhängigkeit gestaltete, gegenüber dem Verkäufer. Damit drängt sich von selbst die Begründung auf, daß man sich vom alten System abwandte, an Stelle der freien Betätigung mußte die staatliche Reglementierung treten; eine fundamentale Verschiebung, wie sie sich übrigens nicht bei uns allein, sondern ausnahmslos in allen kriegführenden Staaten, aber auch in den neutralen Ländern, ungeachtet dieser ergiebigeren Zufuhren zur Verfügung standen, eingestellt hat.

Indem Graf Clam-Martinik bei dem ersten Anlaß, da er mit den Volksvertretern sich auseinandersetzen in die Lage kam, in prägnanten Strichen die umwälzenden Erscheinungen umschrieb, die im Wirtschaftsverkehr sich gegen ebendam unter dem Einfluß des Krieges herausgebildet, unterließ er auch nicht, einzubekennen, daß die Angleichung an den normalen Friedenszustand ein unerreichbares Ideal bleiben müsse und die Kritik der getroffenen Maßnahmen nicht abgewiesen werden kann. Die gegenwärtige Regierung ihrerseits hat übrigens diese Zustände bei ihrem Amtsantritt bereits vorgefunden, aber nicht unterlassen, sie zweckmäßig auszubauen, wie dies aus der Ausgestaltung und entsprechenden Betätigung des Volksernährungsamtes hervorgeht. Mit besonderer Befriedigung wird man in Interessentenkreisen die Ausführungen vernehmen, welche der Ministerpräsident diesen Konstatierungen hinzufügte, indem er betonte, daß wohl Handhaben geschaffen worden seien, um der mißbräuchlichen Ausnutzung der Kriegskonjunktur zu begegnen, aber zugleich kautelen, daß nicht der Eifer der Produktion gelähmt, die geradezu unentbehrliche Mitwirkung des legitimen Handels durch Verengung eingeschränkt werde. Diese Rücksicht wird insbesondere von Wichtigkeit erscheinen während der Uebergangszeit nach dem Kriege, da an die sofortige völlige Beseitigung der staatlichen Reglementierung gewiß nicht zu denken sein wird. Die Zusicherungen des Ministerpräsidenten gewähren die Gewissheit, daß die Uebergangswirtschaft nicht eine Wirtschaft werde, bei welcher die legitimen Interessenten von Produktion und Handel übergangen werden. Denn ein so gearteter Radikalismus im Vergleich mit den Wirtschaftsbedingungen vor dem Krieg könnte nie und nimmer zum Vor-

teil der Gesamtheit gereichen. Diese Erkenntnis leuchtet auch aus der zutreffenden Auffassung des Ministerpräsidenten hervor.

Jedenfalls gehen wir wirtschaftlich bald besseren Zeiten entgegen. Alle Schichten der Bevölkerung teilen sicherlich die Genugtuung, welcher der Ministerpräsident Ausdruck verlieh, daß der ungeahnte Reichtum unserer eigenen Ressourcen neben der Einsicht, Opferwilligkeit und Seelenstärke einer wahrhaft staatsstreuen Bevölkerung gegen die Erwartung der ganzen Welt es uns ermöglicht hat, drei Kriegsjahre zu überdauern und auszuhalten. Und wenn die augenblicklich schwierigste Zeit, unmittelbar vor der Ernte, überwunden sein wird, wird zweifellos eine Besserung in der Aufbringung der Lebenserfordernisse eintreten. Die Aufbringung und Aufteilung der Lebensmittel aller Art war wohl das bedeutendste und gewichtigste Kriegsproblem auf wirtschaftlichem Gebiete, neben welchem selbst die Beschaffung der riesigen Geldmittel für die Kriegführung beinahe in den Hintergrund trat. Dagegen wird gerade als das komplizierteste Friedensproblem die Geldfrage zu lösen sein. Die Staatswirtschaft wird, wie der Ministerpräsident des weiteren in seiner Rede darlegte, sich vor neue und schwerwiegende Aufgaben gestellt sehen. Die finanziellen Anforderungen der Kriegführung konnten bisher ungeachtet des ungeheuren Betrages restlos erfüllt werden. Nach dem Kriege aber wird es heißen, dieses Erfordernis in vollem Umfange zu fundieren zugleich mit dem Ziele, die Valuta wiederherzustellen und sich allmählich dem Gleichgewichte im Staatshaushalt wieder zu nähern. Dies wird wohl die Reihenfolge für die Lösung der finanziellen Probleme sein, die dem Staate erwachsen werden. Zunächst Sicherung des Anleihedienstes in Verzinsung und Tilgung, dann Wiederregulierung der Valuta und dann erst budgetäres Gleichgewicht. Der Ministerpräsident vermied es selbstverständlich im jetzigen Augenblick, als noch zu verfrüht, ein förmliches Programm in diesen Belangen zu entwickeln, er wollte zunächst nur die Aufmerksamkeit der Volksvertreter auf die beherrschenden Fragen lenken, deren Behandlung nach dem Kriege vor allem bevorsteht, da der Wiederaufbau der Staatswirtschaft und die Anpassung an die neuen Verhältnisse durchzuführen sein wird. Unabweisliches Gebot wird da vor allem eine Steigerung der Einnahmenezufüsse in die Staatskassen sein.

Die bisherigen Einnahmquellen werden in ihrer Ergiebigkeit gesteigert werden, darüber hinaus aber werden, wie der Ministerpräsident betonte, neue Wege gesucht werden müssen. Diese Notwendigkeit leuchtet jedermann ohne weiteres ein. Gerade gestern wurde im Abgeordnetenhaus der Zentralrechnungsabluß des Obersten Rechnungshofes über das letzte Semester der staatlichen Gebarung vor dem Kriege, das ist das Semester Jänner bis Juli 1914, vorgelegt. In diesem Halbjahr beliefen sich die Staatseinnahmen und Staatsausgaben auf nicht viel über 1700 Millionen Kronen. Verdoppelt man diese Ziffer, so gelangt man als Erfordernis, beziehungsweise als Bedeckung des ganzjährigen Staatsbedarfes vor dem Kriege zum Betrage von rund 3500 Millionen Kronen. Nach dem kürzlich veröffentlichten Ausweis der Staatsschulden-Kontrollkommission dagegen betrug die österreichische Staatsschuld Ende 1916 über 30 Milliarden mit einem Zinsenerfordernis in einem Betrage, der ungefähr früher für die gesamtstaatliche Gebarung eines Halbjahres hinreichte. Diese Gegenüberstellung genügt, um die Berechtigung des Hinweises in der Rede des Ministerpräsidenten darzutun, daß neue Wege zur Vermehrung der Staatseinnahmen werden gefunden werden müssen. Zugleich erklärte Graf Clam-Martinik als sozial denkender Minister der heutigen Zeit, daß das Finanzproblem der Zukunft nicht bloß eine Frage der Summe, sondern vor allem auch eine Frage der Verteilung sei; eine Verteilung nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit des einzelnen. Man werde aber hierbei vermehren, den Unternehmungsgeist und die Produktionsfähigkeit zu beeinträchtigen und damit die Impulse der Entwicklung zu hemmen. Diese zutreffende Auffassung findet ihre logische Ergänzung in den sich anschließenden Ausführungen der

Rede, daß die Kriegswirtschaft notwendigerweise gekennzeichnet sei durch die Einseitigkeit und Gebundenheit, die Ziele der Friedenswirtschaft dagegen in der Richtung der Freiheit und der Vielseitigkeit gelegen seien. Tatsächlich würde jener Teil des Finanzproblems nach dem Kriege, welcher die Frage der Summe beinhaltet, kaum einer befriedigenden Lösung im Interesse des Staatsganzen zugeführt werden können, ohne das Programm, den Unternehmungsgeist und die Produktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen und die Friedenswirtschaft auf die Grundlagen einer zulässigen Freiheit und der Vielseitigkeit zu stellen.

Die handelspolitischen Erklärungen in der Rede des Ministerpräsidenten waren in erster Linie dem Ausgleich mit Ungarn gewidmet. Beide Regierungen haben vor kurzem einen auf längere Dauer berechneten Vertrag abgeschlossen, mit welchem sich das Parlament im gegebenen Zeitpunkt zu beschäftigen haben wird. Der Ausgleich dient dem Gedanken der im Weltkriege neuerlich als eine gemeinsame Lebensnotwendigkeit erkannten unauflösblichen Zusammengehörigkeit der Monarchie und werde gewiß das wechselseitige Verständnis, die Harmonie des politischen Denkens und Fühlens nachhaltig fördern. Der Ministerpräsident betonte den Ausgleich betreffend noch, daß er beiden Staaten den nicht hoch genug zu veranschlagenden Gewinn biete, daß die Monarchie als gewichtiger Kompazient auf den Plan der künftigen handelspolitischen Abmachungen austreten könne. Diese Würdigung des Ausgleiches in der Rede des Ministerpräsidenten ist namentlich im jetzigen Augenblick, da auch anlässlich der ungarischen Kabinettsbildung die Ausgleichsfrage wieder vielfach im Vordergrund steht, besonders hervorzuheben. Ein Handelsvertrag vor allem mit dem Deutschen Reich steht ebenfalls in vorderster Reihe künftiger handelspolitischer Abmachungen, ferner Verträge mit der Türkei und Bulgarien. Das weitere einschlägige Programm erstreckt sich auf die neutralen Staaten. Bezüglich der übrigen Staaten wird natürlich vorerst das Weltbild nach dem Kriege abgewartet werden müssen. Es liegt ein überaus markanter Unterschied in der Art, wie der österreichische Ministerpräsident über die wirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie zu den fremden, den feindlichen Staaten nach dem Kriege sprach und wie bis vor kurzem noch von Seiten der Entente diese Fragen aufgefaßt wurden. Dort will man an den Krieg den Wirtschaftskrieg reihen. Das Programm des österreichischen Ministerpräsidenten dagegen ist der Wiederaufbau des zerstörten und die Wiederaufnahme friedlicher wirtschaftlicher Beziehungen, wenn einmal der blutige Kampf zu Ende ist.

Die umfassende, alle wirtschaftlichen und sozialen Fragen, welche der Krieg auf die Oberfläche gebracht, erschöpfende Rede des Ministerpräsidenten war in ihrem letzten Teil dem sozialen Reformwerk, der nächsten Zukunft zugewendet. Der Ministerpräsident faßte die Pflicht des Staates in diesem Punkt als eine Schuld gegenüber allen jenen, durch deren unergleichliches Wirken an der Front und daheim das Vaterland gerettet wurde. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß auch die Thronrede diese Schuld an die Bevölkerung anerkannt und namentlich eine Fürsorge für die besonders schwer getroffenen Schichten des Mittelstandes in Aussicht gestellt, ferner eine ausgreifende Tätigkeit auf dem Gebiete sozialer Wohlfahrtspflege angekündigt hat. Die bevorstehende Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge wird die Durchführung dieser Versprechungen dokumentieren. Der Ausbau der sozialen Schutzeinrichtungen ist desgleichen zu den nicht zu verschiebenden Notwendigkeiten in diesem Zusammenhang zu zählen. Die Würdigung, welche Ministerpräsident Graf Clam-Martinik dem Komplex der wirtschaftlichen Kriegs- und Friedensprobleme zuteil werden läßt, die Anschauungen, die er hierbei kundgibt, sprechen für eine moderne, zeitgemäße Denkungsart, die jeder begrüßen wird, der durch die schwere Schule des Krieges gegangen ist und die Erfahrungen der drei letzten Jahre mit richtigem Verständnis in sich aufgenommen hat.